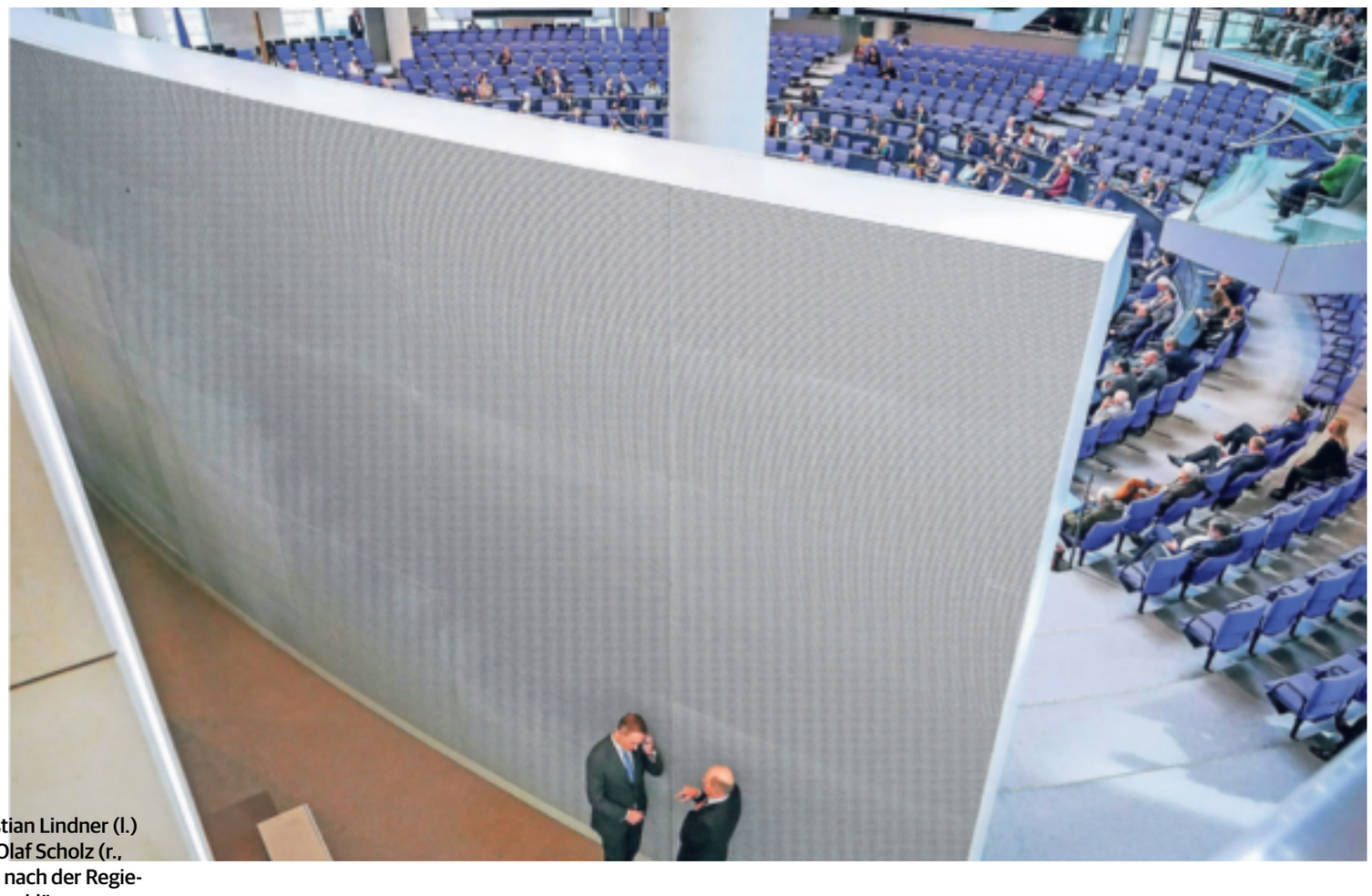
Scholz streichelt die Ampel-Seele

Bei seiner Regierungserklärung im Bundestag präsentiert er sich als Außenkanzler. Er will zeigen, wer in der Koalition in der Ukraine-Politik das Sagen hat. Den Beweis für die gute Stimmung verortet er in der Innenpolitik: bei der Rente.

VON HAGEN STRAUSS



Christian Lindner (l.) und Olaf Scholz (r., SPD) nach der Regierungserklärung.
FOTO: NIETFELD/DPA

BERLIN Auch die Grünen klatschen. Nicht überschwänglich, aber immerhin. Vergangene Woche war das noch anders im Parlament, als Olaf Scholz sein Nein in der Taurus-Frage erklärt hat; als SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich den Krieg in der Ukraine „einfrieren" wollte. Da rührte sich keine Hand beim Koalitionspartner, auch nicht bei der FDP. Außenministerin Annalena Baerbock rollte nur mit den Augen. Diesmal herrscht etwas mehr Eintracht.

Vor allem, als Scholz während seiner Regierungserklärung zum Europäischen Rat Ende der Woche in Brüssel ruft: „Wenn der russische Präsident glaubt, dass er diesen Krieg nur aussitzen muss und wir schwächer werden in unserer Unterstützung, dann hat er sich verrechnet." Ein Satz an alle Zweifler, auch und gerade in der Ampel. Schließlich wendet Scholz dann noch einen innenpolitischen Trick an – die Rente geht immer. So sorgt man für koalitionäre Disziplin. Zumindest an diesem Tag im Bundestag.

Außenministerin Baerbock steht sinnbildlich für den momentanen Zustand der Koalition. Auch diesmal blickt sie nur kühl, fast teilnahmslos vor sich hin während der Rede des Regierungschefs. Der stapft da gerade durch ihren Verantwortungsbereich, er berichtet von seinen Gesprächen in Israel, sagt, dort könne man sich darauf verlassen, „dass Deutschland an der Seite dieses Landes steht". Zugleich plädiert er für einen „zeitlich etwas länger währenden Waffenstillstand", um deutlich mehr Hilfen nach Gaza bringen zu können. Dann berichtet er von seinem Treffen mit dem jordanischen König. Und Scholz schwärmt ganz besonders von seinem „Freund Emmanuel Macron", der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Gelächter bei der Opposition, weil ja jeder weiß, dass auch die schönen Bilder vom Treffen der Vorwoche in Berlin nicht über das schlechte Verhältnis hinwegtäuschen können. Scholz gibt aber den Außenkanzler. Das wird deutlich.

Offensichtlicher kann man nicht zeigen, wer da außenpolitisch im Allgemeinen und in der Ukraine-Frage im Besonderen das Zepter in der Hand hält. Baerbocks unermüdliche Reisediplomatie erwähnt der Kanzler mit keinem Wort. Aber ihren parteiinternen Konkurrenten, Wirtschaftsminister Robert Habeck, den hebt er ganz direkt hervor. Dieser habe das Land unabhängig von Kohle und Öl gemacht, „da hat sich die gemeinsame Anstrengung gelohnt". Der so Gelobte grinst.

Scholz hat sich freilich verändert, er ist angriffslustiger unterwegs, klarer in den Ansagen. Manch einer sieht einen Strategiewechsel des Kanzlers, weil er zuletzt erheblich unter Druck stand – und seine streitlustige Ampel mit dem Rücken zur Wand. Am Abend zuvor, bei der Feier zum 50-jährigen Bestehen des Seeheimer Kreises, dem konservativen Flügel der SPD, beschwört Scholz die Gemeinsamkeiten in der Koalition. Und die Geschlossenheit der SPD. Ohne, das weiß er, wird er nicht wieder Kanzler werden; die Umfragen machen zudem auch die Genossen nervös. Der „Spirit für die ganze Regierung" müsse noch einmal neu gezündet werden, fordert Scholz auf der Veranstaltung.

Es verwundert daher nicht, dass er im Parlament diesen gemeinsamen „Spirit" zu unterlegen versucht. In Zeiten, „in denen große Herausforderungen vor uns liegen", brauche es Sicherheit, betont Scholz. Deshalb sei es gut, „dass wir ein Zeichen der Stabilität aussenden". Die Bundesregierung habe daher ein Gesetz auf den Weg gebracht, das ein stabiles Rentenniveau garantiere, auch und gerade nach 45 Beitragsjahren. Die Rente, sie kommt wie Kai aus der Kiste, mehr Applaus bekommt Scholz an keiner Stelle. So streichelt man die Ampel-Seele.

Friedrich Merz hat das Manöver gleichwohl durchschaut. Der Hinweis auf die Rente, so der Unionsfraktionschef in seiner Replik, habe wohl ausschließlich dem Ziel gedient, „eine gewisse emotionale Zustimmung aus den eigenen Reihen" zu erhalten, stichelt Merz. Direkt spricht der CDU-Mann dann die umstrittenen Äußerungen Mützenichs über das Einfrieren des Krieges an, über die Scholz kein Wort verloren hat. Das Protokoll des Bundestages habe verzeichnet: „Beifall bei der SPD, den Linken und der BSW sowie wie bei Abgeordneten der AfD. Da haben Sie sich in eine feine Gesellschaft begeben", ruft Merz. Tosender Applaus aus der Union. Scholz hält es da lieber wie Baerbock – er guckt kühl geradeaus.

INFO

Staatsanwaltschaft beginnt Ermittlung

Abhöraktion Wegen eines abgehörten Gesprächs deutscher Offiziere zum Thema Taurus ermittelt nun die Bundesanwaltschaft. Das sagte eine Sprecherin der obersten deutschen Anklagebehörde am Mittwoch in Karlsruhe.

Verdacht Es bestehe der Verdacht auf „geheimdienstliche Tätigkeit", sagte sie. Das Verfahren werde gegen Unbekannt geführt. Zu Spekulationen, wer dahinterstecken könnte, äußere man sich nicht. Russland hatte die mitgeschnittene Schaltkonferenz am 5. März veröffentlicht. (dpa)

MELDUNGEN

8000 Mitgliedsanträge für Wagenknecht-Partei

MERZIG/BERLIN (afp/dpa) Das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) wächst deutlich schneller als von der Parteispitze erwartet. „Wir haben aktuell 8000 Mitgliedsanträge vorliegen", sagte die Vorsitzende Wagenknecht der Deutschen Presse-Agentur im saarländischen Merzig. Bei der Parteigründung Anfang Januar habe man für das gesamte Jahr nur maximal 1000 Mitglieder angepeilt. Aktuell zählt die Partei laut Wagenknecht gut 500 Mitglieder. Nach der Bundestagswahl 2025 soll das BSW dann nicht mehr Wagenknechts Namen tragen. „Nach der Bundestagswahl wollen wir das ändern", sagte die Mitgründerin der Partei der „Saarbrücker Zeitung".

FDP dringt auf Corona-Kommission

BERLIN (dpa) Die FDP dringt in der Ampelkoalition abermals auf eine Aufarbeitung der Corona-Politik in einer Kommission des Bundestags. „Ohne Aufarbeitung kann die nächste Pandemie uns als Gesellschaft irreversibel und katastrophal schädigen. Das dürfen wir als Regierungskoalition nicht zulassen", sagte der FDP-Gesundheitsexperte Andrew Ullmann am Mittwoch. FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki sagte, aus seiner Sicht hätten einige Maßnahmen schwere gesellschaftliche Schäden verursacht und Spaltungstendenzen vertieft. In einem Schreiben an die Fraktionsführungen von SPD und Grünen bitten Ullmann und Kubicki, in Gespräche über die Einsetzung einer Enquete-Kommission einzutreten.

Landkreistag fordert Tempo bei Bezahlkarte

DÜSSELDORF (dpa) Der Landkreistag NRW hat eine schnelle und flächendeckende Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber gefordert. Dass die Landesregierung diese in Abstimmung mit den Kommunen für das gesamte Bundesland NRW einführen wolle, sei ausdrücklich zu begrüßen, betonte Verbandspräsident Olaf Gericke (CDU), der Landrat im Kreis Warendorf ist. „Wir sollten einen Flickenteppich mit unterschiedlichen Lösungen und unübersichtlichen Parallelstrukturen vermeiden", mahnte er zugleich in einer Mitteilung am Mittwoch.

Merkel soll zu Abzug aus Afghanistan befragt werden

VON MEY DUDIN

BERLIN Am Ende soll Altkanzlerin Angela Merkel (CDU) im Bundestag aussagen: „Ihre Befragung im Afghanistan-Untersuchungsausschuss wird ein vorweihnachtlicher Höhepunkt und gleichzeitig Abschluss der Zeugenvernehmung sein", sagt SPD-Obmann Jörg Nürnberger mit Blick auf den möglichen Termin in der letzten Sitzungswoche im Dezember.

In Merkels Regierungszeit fiel der unrühmliche Abschluss des Afghanistan-Einsatzes nach 20 Jahren: 2021 nahmen die Taliban das Land am Hindukusch im Handstreich ein. Eine Evakuierungsoperation wurde nötig, um Beschäftigte von Botschaften, der Entwicklungshilfe und andere Ausländer aus dem Land zu bringen. Afghanische Ortskräfte wurden trotz gegenteiliger Zusicherungen vielfach zurückgelassen. „Oberste Frage ist: Sind bei dem Abzug Fehler im politischen Bereich gemacht worden? Das gilt es aufzuklären", sagt Nürnberger.

> **„Sind bei dem Abzug Fehler im politischen Bereich gemacht worden?"**
> **Jörg Nürnberger**
> SPD-Obmann, zur Zeugenbefragung

Nach 68 Sitzungsrunden mit stundenlangen Befragungen nähert sich die Aufarbeitung dem Endspurt. Im Laufe dieses Donnerstags soll nach Angaben des SPD-Politikers der Fahrplan in nicht-öffentlicher Sitzung abgestimmt werden. Gehört werden voraussichtlich alle damals politisch Verantwortlichen: Neben Merkel waren das auch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), Innenminister Horst Seehofer (CSU), Außenminister Heiko Maas (SPD) und Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU).

In der Enquete-Kommission zu den Lehren aus Afghanistan wirkt als Sachverständige Ellinor Zeino mit, die das Regionalprogramm Südwestasien der Konrad-Adenauer-Stiftung leitet. Im Gespräch mit unserer Redaktion ist ihr Fazit: „Wir haben in allen Bereichen deutlich versagt: Afghanistan war bis zuletzt eines der unsichersten Länder weltweit. Wir haben über 20 Jahre eine Hilfswirtschaft und einen abhängigen Staat geschaffen, der im Kriegszustand festgehalten wurde."

Mitte Februar wurde der 335-seitige Zwischenbericht der Kommission vorgelegt. Darin wurde als „Ursünde" des Einsatzes die Entscheidung bezeichnet, die Taliban militärisch zu bekämpfen, statt sie einzubinden. In dem 2025 geplanten Endbericht der Enquete-Kommission sollen Empfehlungen für künftige Einsätze stehen.

Hitzige Debatte über Grundsteuerreform

Die schwarz-grüne Landesregierung zeigt sich offen für Nachbesserungen. Die SPD kritisiert, dass das Problem an die Rathäuser abgeschoben werden soll. Die FDP lehnt das Scholz-Modell ab.

VON MAXIMILIAN PLÜCK

DÜSSELDORF NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk hat sein Vorgehen bei der Grundsteuer im Düsseldorfer Landtag verteidigt. Vor wenigen Tagen hatte der CDU-Politiker sich überraschend öffentlich für eine Nachbesserung ausgesprochen – entweder über eine Gesetzesanpassung im Bund oder aber auch auf eigene Faust im Land. Dies hatte er in einem Brief mit seiner rheinland-pfälzischen Amtskollegin Doris Ahnen (SPD) an Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) deutlich gemacht.

Immer mehr Städte und Gemeinden schlagen Alarm, weil sich nach ihrer Berechnung mit der Einführung der neuen Grundsteuer das Wohnen deutlich verteuert, während Gewerbeimmobilien entlastet würden. Die Grundsteuer ist eine der Haupteinnahmequellen der Kommunen. Die Pläne von Optendrenk sehen vor, dass Kommunen künftig die sogenannten Hebesätze aufsplitten können und dann entsprechend für Gewerbe- und Wohnimmobilien eigene Sätze verlangen.

FDP-Fraktionschef Henning Höne warf dem Minister vor: „Nachdem Sie eineinhalb Jahre nichts gemacht haben, Zeit verschenkt haben, kommen Sie jetzt mit Änderungen um die Ecke. Und damit wird den Kommunen der schwarz-grüne Scherbenhaufen vor die Tür gekippt." Die seien zu Recht sauer, sagte Höne. In Wahrheit habe die CDU am Scholz-Modell festgehalten, um nach Berlin weisen zu können und nicht tätig werden zu müssen: „Da droht eine akute politische Sehnenscheidenentzündung. So wenig tun Sie, und so viel zeigen Sie in Richtung Berlin."

Der finanzpolitische Sprecher der SPD, Alexander Baer, erkannte zwar an, dass nun das Problem realisiert worden sei und umgesteuert werde. Den Weg hält er aber für falsch, weil das Problem an die Rathäuser abgeschoben werde. Er regte erneut an, statt der Hebesätze landesweit einheitlich die Steuermesszahl anzupassen – über diesen Weg hatten beispielsweise Sachsen und das Saarland versucht, Lastenverschiebungen zu Lasten der privaten Wohneigentümer zu vermeiden.

Der finanzpolitische Sprecher der Grünen, Simon Rock, sagte, eine Lösung über die Messzahlen könne nicht allen Kommunen gerecht werden. Zudem seien die Bescheide bereits versandt worden. Eine erneute Korrektur sei verfassungsrechtlich nicht unproblematisch. Minister Optendrenk verwies zudem darauf, dass die beiden angesprochenen Länder dies viel früher gemacht hätten, eine Änderung zum jetzigen Zeitpunkt in NRW aber nicht mehr realistisch sei, sondern vielmehr die existenziellen Steuereinnahmen der NRW-Kommunen von vier Milliarden Euro gefährden würden: „Wenn Sie an der Autobahnabfahrt vorbei sind, dann dürfen Sie auf der Autobahn nicht so einfach drehen. Dann müssen Sie bis zur nächsten Ausfahrt weiterfahren." Der Minister verwies noch einmal darauf, dass die Städte und Gemeinden nicht gezwungen seien, von der Möglichkeit der gesplitteten Hebesätze Gebrauch zu machen: „Das ist kommunale Selbstverwaltung."

Einfamilienhäuser stehen in einer Siedlung in Köln-Widdersdorf
FOTO: DPA

Ralf Witzel (FDP), der wohl schärfste Kritiker des Finanzministers in Sachen Grundsteuer, warf diesem vor, er sei der einzige Finanzminister der Union im Westen Deutschlands, der sich keinerlei Verbesserungen am Scholz-Modell vorstellen konnte: „Nur bei Ihnen gibt es die Scholz-Politik eins zu eins und exklusiv. Vielleicht überlegen Sie mal, wer hier als Geisterfahrer unterwegs ist."

Mehrere Politiker aus den Reihen von Schwarz-Grün signalisierten, dass es durchaus die Möglichkeit gebe, über Nachbesserungen zu sprechen. So sagte etwa Klaus Voussem (CDU): „Selbstverständlich sind wir über dieses Modell weiterhin gesprächsbereit gegenüber den Kommunen." Ähnlich äußerte sich Simon Rock. Der SPD-Abgeordnete Christian Dahm forderte vor allem die FDP auf, das „sperrige Thema" der Grundsteuerreform nicht in die politische Auseinandersetzung zu ziehen, sondern gemeinsam vernünftige Lösungen für Kommunen und Bürger zu finden. Sonst profitierten am Ende die falschen.

Hartmut Beucker (AfD) schlug vor, die Grundsteuer abzuschaffen und durch einen Aufschlag bei der Einkommenssteuer zu ersetzen.